



# Dr. Inge Gräßle MdEP

## Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Liebe Leserinnen und Leser,

### EU-Konjunkturprogramm muss Wettbewerbsregeln respektieren

auch im Europaparlament in Straßburg war die Wirtschaftskrise wieder ein Thema: am Mittwoch nahm das Parlament zu dem von der EU-Kommission im November letzten Jahres vorgestellten Plan für ein Europäisches Konjunkturprogramm Stellung. Dieses Programm sei ein „brauchbarer Rahmen“ für die unterschiedlichen Programme der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der aktuellen Weltwirtschaftskrise, so der Vorsitzende der Gruppe der CDU/CSU im Europäischen Parlament, Werner Langen. Wichtig sei jedoch bei dem gesamten Vorgehen, dass nicht die europäischen Wettbewerbsregeln angetastet werden. Ebenfalls müsse der Stabilitäts- und Wachstumspakt weiterhin gültig bleiben und auch in seiner gesamten Flexibilität ausgenutzt werden, um „antizyklische Maßnahmen zur Bekämpfung der Rezession zu ergreifen“. Entscheidend sei, so die Abgeordneten, dass die Mitgliedstaaten jetzt rasch die notwendigen Konjunkturmaßnahmen innerhalb dieses verbindlichen Rahmens und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verwirklichen, um so ihre Verantwortung wahrzunehmen. Jedoch darf in den EU-Nationen nicht die Haushaltsdisziplin aufgegeben werden, denn die EU allein kann die Wirtschaft mit zusätzlichen Mitteln nicht wieder in Gang bringen. Grund hierfür ist der EU-Haushalt von 2009, der mit dem geplanten Umfang von ca. 117 Milliarden Euro weitgehend ausgereizt ist. Die staatlichen Finanzhilfen müssen rechtzeitig und zielgerichtet eingesetzt werden, sodass so bald wie möglich faire wettbewerbsorientierte Märkte wiederhergestellt werden. Wichtig seien auch neue horizontale

Initiativen auf EU-Ebene, um die unterschiedlichen nationalen haushaltspolitischen Maßnahmen zu koordinieren. Mit diesem europäischen Konjunkturprogramm soll die Wirtschaftskrise in Europa rasch überwunden werden. Auch ist für die Zukunft erforderlich, dass der Regelungs- und Lenkungsrahmen der Finanzmärkte in Europa überarbeitet wird, um gegen zukünftige Krisen gewappnet zu sein.

### Haushalt 2010 - für mehr Sicherheit in Europa

Das Parlament will den Bürgern mehr Sicherheit in Zeiten von Finanz-, Klima-, und Energiekrise geben und die Folgen dieser drei zentralen Krisen weitgehend abwehren. Durch eine wohlüberlegte Verteilung der Gelder sollen negative Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Wachstum und Beschäftigung verhindert werden. Außerdem sollen Investitionen in die Energieversorgung für eine weitere Unabhängigkeit der EU sorgen. Zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise sieht es das Europaparlament als besonders wichtig an, dass die Union „rasch mit Maßnahmen“ reagiert, die das Wirtschaftswachstum stimulieren und der Realwirtschaft unter die Arme greifen. Gefordert wird außerdem die Aufstockung der Mittel für kleine und mittlere Unternehmen, vor allem wenn diese im Bereich der Forschung und Entwicklung tätig sind. Auch fordern die Abgeordneten, dass größere Beträge für die Steigerung der Energieeffizienz und erneuerbare Energien zur Verfügung gestellt werden, um die Klimakrise abzumildern. Für eine sichere Energieversorgung sieht das Parlament erheblichen Bedarf an Projekten. Hierbei seien besonders Investitionen in die Energieinfrastruktur wichtig. Es wurden zudem mehr Mittel für die Arbeit des Parlaments bewilligt, da sich durch den Vertrag

von Lissabon dessen Kompetenzen erweitern. Ein weiterer Grund für die geforderte Mittelерhöhung ist die mögliche EU-Erweiterung durch Kroatien. Auch ist nach Ansicht der Abgeordneten die Förderung der inneren Sicherheit, der Bekämpfung des Terrorismus und der demographischen Herausforderungen notwendig.

### Schutz Minderjähriger bei der Nutzung von Videospiele

Das Parlament stimmte am Donnerstag über den Schutz Minderjähriger vor schädlichen und gewalttätigen Videospiele ab. Um Jugendliche besser schützen zu können, soll das bereits vorhandene Kennzeichnungssystem PEGI ausgeweitet und gestärkt werden. Dieses besteht aus einer Altersempfehlung und einer Inhaltsbeurteilung, die auf der Packung angebracht werden muss. Das Kennzeichnungssystem soll zukünftig in allen Mitgliedstaaten harmonisiert werden, um es weiter bekannt zu machen und um einen noch stärkeren Schutz der Minderjährigen zu gewährleisten. Weiter müsse Aufklärungsarbeit gerade bei den Eltern geleistet werden, sodass sie dieses Kennzeichnungssystem verstehen und eingreifen können, wenn ihre Kinder Spiele konsumieren, die Gewaltszenen enthalten. Auch werden die Kontrollmaßnahmen für Online-Käufe erweitert, da sich aufgrund der technischen Weiterentwicklung immer mehr Jugendliche die Spiele aus dem Internet beschaffen. Anlässlich des schrecklichen Amoklaufs in Winnenden, bei dem der 17-jährige Täter ebenfalls gewalttätige Videospiele konsumierte, ist die Verschärfung der Kontrolle von solchen Gewalt verherrlichenden Spielen zum Schutz der Minderjährigen überfällig. Zum Zeichen der Trauer und Bestürzung legte das Parlament am Mittwoch eine Schweigeminute für die Opfer ein.

Seite 1

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



# Dr. Inge Gräßle MdEP

## Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

### Neufassung der EU-Mautrichtlinie für LKW

Am Mittwoch stimmte das Parlament nach der ersten Lesung auch über die umstrittene Neufassung der EU-Mautrichtlinie, die sog. „Wegekostenrichtlinie“, ab. Durch diese soll es den Mitgliedstaaten ab 2012 möglich gemacht werden, den LKWs auch die Kosten zu berechnen, die sie durch Staus, Lärm und Umweltverschmutzung verursachen. Bisher dürfen die EU-Mitgliedstaaten nur die Infrastrukturkosten auf die Mautgebühren anrechnen. Die Gebühren für diese externen Kosten müssen sich an den Kosten verkehrsbedingter Luftverschmutzung und Lärmbelästigung orientieren. Stimmen aus der CDU/CSU-Gruppe kritisierten jedoch die Anrechnung der durch Verkehrsstaus anfallenden Kosten auf die LKW-Maut. Begründet wurde diese Kritik damit, dass Spediteure bei Staus sonst doppelt zahlen müssten, denn sie „tragen bereits heute die Kosten, die durch Staus verursacht werden“, insbesondere durch längere Arbeitszeiten der Fahrer und einen höheren Kraftstoffverbrauch. Die Einnahmen aus der LKW-Maut sollen zweckgebunden sein: sie sollen insbesondere für notwendige Infrastrukturmaßnahmen, die Entwicklung abgasärmerer und leiserer Fahrzeuge und für intelligente Verkehrsleitsysteme verwendet werden. Die Einführung einer LKW-Maut, einschließlich der Berechnung der externen Kosten, ist jedoch nicht verbindlich, sondern bleibt jedem Mitgliedstaat überlassen.

### Autos sollen sicherer und umweltfreundlicher werden

Das Parlament hat eine neue Verordnung verabschiedet, mit der ab November 2011 die Sicherheit und Umweltverträglichkeit von Autos verbes-

sert werden soll. Vorgesehen sind beispielsweise die serienmäßige Einführung von Systemen zur Überwachung des Reifendrucks bei PKW sowie erhöhte Anforderungen an das Reifendesign, etwa bei der Nasshaftung und beim Rollwiderstand. Diese eingeführten Verbesserungen kommen der Umwelt zu Gute und verursachen keine höheren Kosten, da sie durch zusätzliche Einsparungen beim Spritverbrauch kompensiert werden. Als europaweite Serienausstattung wird die Einführung zusätzlicher Sicherheitssysteme bei Neuwagen, wie das Antiblockiersystem ESP, verbindlich vorgeschrieben.

### Welche Fortschritte für Kroatien, die Türkei und Mazedonien?

Die halbjährlichen sog. "Fortschrittsberichte" über die Rechtsangleichung der Beitrittskandidaten Türkei, Kroatien und Mazedonien an das EU-Recht, standen wieder auf der Tagesordnung. Die CDU/CSU-Gruppe lehnt eine Aufnahme der Türkei als einzige deutsche Partei weiter ab. Hart kritisiert wurden die fehlenden Fortschritte in der Türkei bei den Grundrechten. Kroatien habe hingegen auf seinem Weg zum Beitritt Fortschritte gemacht, insbesondere in den Bereichen Bekämpfung der Diskriminierung von Minderheiten, der Durchsetzung von Frauenrechten und in der Flüchtlingspolitik. Ein mehr an Pressefreiheit sei ebenfalls zu verzeichnen. Lediglich der Grenzstreit von Kroatien und Slowenien blockiert die Verhandlungen mit der EU. Hier geht es zwar nur um wenige Kilometer, aber beide Länder stehen sich unversöhnlich gegenüber. Eine rasche Entscheidung über den Beitritt scheint auch angesichts des offenen Ausgangs über den Lissabonner Vertrag nicht bevorzugen zu sein. Im Parlament herrscht Einigkeit, dass ohne eine Reform der EU wie im

Lissabonner Vertrag unternommen, neue Länder nicht aufgenommen werden können. Auch der Streit zwischen Griechenland und Mazedonien um den Namen der früheren jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien ist offen: Auch hier stehen sich beide Länder unversöhnlich gegenüber. Das Parlament rief alle Parteien dazu auf, eine Lösung zu finden.

### Besserer Rahmen für den Mittelstand

Kleine und mittelgroße Unternehmen sollen in Europa bessere Rahmenbedingungen bekommen: im „Small Business Act“ soll es einen besseren Zugang zu Finanzquellen und Bürokratieabbau geben. Im Vordergrund steht die Bewältigung der Finanzkrise. Die öffentliche Verwaltung wird aufgefördert, kleinere Unternehmen durch einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren zu unterstützen. Außerdem soll zukünftig bei jeder Gesetzesinitiative ein „KMU-Test“ durchgeführt werden, bei dem analysiert wird, welche Kosten auf den Mittelstand zukommen. Weitere Teile des „Small Business Act“ sind die von der Kommission vorgelegten Vorschläge für eine Richtlinie über einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf lokal erbrachte und arbeitsintensive Dienstleistungen und die Verordnung zur Schaffung einer Europäischen Privatgesellschaft.

### Besuch aus der Heimat im Europaparlament in Straßburg

Am Dienstag war die Senioren-Akademie aus Heidenheim zu Gast, am Mittwoch die Junge Union Niederstetten (Main-Tauber-Kreis) und am Donnerstag der Gemeinderat Bartholomä mit Schülern der dortigen Hauptschule. Die Hektik der zu Ende gehenden Legislaturperiode bringt lange Abstimmungszeiten mit sich.

Seite 2

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu